

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktionssitz: Nachrichten Dresden.
Verleger-Sammelnummer 25 241.
Preis für Redigierpreise: 20 Pfst.

Bezugs-Gebühr vierfachjährlich in Dresden und Borsigau bei zweimaliger Zustellung kostet bei einer
halben Jause durch die Post (ohne Belegfeld) 2,85 M., monatlich 2,95 M.
Die halbe 37 mm breite Zeile 1,80 M. Auf Sammelanlagen, Auslagen unter
Stern u. Wohnungsmarkt, 1-polige An- und Verhandlungen, Vorzugspreise laut
Tafel. Auswärtige Aufträge gegen Voranschreibung. Glaesernummer 20 Pl.

Geschäftsführung und Ausgabestelle:
Marienstraße 36/40.
Durch u. Verlag von Siegert & Reichardt in Dresden.
Postleitzahl-Karte 19 393 Leipzig.

Nachdruck nur mit deutlicher Auskunftsangabe („Dresdner Nachrichten“) zulässig. — Unserkundige Schriftstücke werden nicht aufgenommen.



Café Wobst

Altmarkt 3
Eröffnung: Mitte März.

AUSSTELLUNG fertiger Wohnungen
Otto Schubert, Dresden-A.
Werkstätten für Wohnungskunst
14 Wallstraße ■ Gegründet 1873 ■ Wallstraße 14

Vor wichtigen Ereignissen in der Türkei.

Die Annexion der Türkei.

Eigner Druckerei der „Dresden Nachrichten“. Konstantinopel, 7. März. Zehn liegen nun englische Kreuzer vor der Stadt, und ein französischer Dampfer landet 1200 Mann französischer Truppen, die nach den Dardanellen gingen. Den Regierungstreffen scheinen die Friedensbedingungen der Alliierten bekannt geworden zu sein, denn es wird erklärt, dass der Türkei weder ein Heer, noch eine Flotte angeschlossen werde. Gegen diese Bestimmungen will die türkische Regierung mit Schärfe protestieren. So wird erwartet, dass General-Pascha's Heer großen Zulass haben wird, so dass er unannte sein wird, den Prozess der Regierung zu unterstützen. Die in der Orientpresse verbreiteten Nachrichten über den Inhalt des Friedensvertrags dienen hauptsächlich dazu, die türkische Bevölkerung so lange ruhig zu halten, bis die Beziehung der Dardanellen-Herrschaft und der Stadt Konstantinopel durch die Entente-Truppen tatsächlich geworden ist. Die Anspülung, die die Alliierten stellen, sollte weit ungünstiger sein, als bisher verlautete. Frankreichs Zustimmung zum Vertrag wurde von England dadurch erkaufst, dass Frankreich noch mehr Gebiet in Kleinasien zugesprochen wurde, und zwar nördlich von Mosul. Unter der englischen Aufsicht ist es der türkischen Presse nicht möglich, die Bedingungen des Vertrags zu besprechen. Doch kommen auch aus Kleinasiens Mitteilungen, dass die dortige Bevölkerung den Erlass des Zustandes begreift und sich dem Schutz der türkischen Nationalpartei anvertraut. Die Aufstände in Mesopotamien sind noch nicht bewungen, und die Bagdad-Bahn ist südlich von Mosul geschrökt.

Wiederzusammentritt des Obersten Rates.

Paris, 6. März. Die letzte Ausgabe des „Republik-Herald“ weitet aus London, wichtige Ereignisse in der Türkei und Aegypten hätten den Wiederzusammentritt des Obersten Rates notwendig gemacht. Er werde in zwei Wochen in Paris tagen.

Taver-Pascha gegen England.

London, 6. März. Die „Times“ berichtet, dass Enver-Pascha erklärt habe, er und Hunderttausende von Moslemhausern wollten gern ihr Leben opfern, um die muslimische Welt in Flammen zu setzen, falls der Turke Konstantinopel und die Dardanellen für sich nehmen würden.

Kabinettswchsel in Schweden.

Stockholm, 7. März. Die Regierung hat gestern demissioniert. Der König hat den früheren Ministerpräsidenten und Präsidenten der liberalen Partei, Edén, mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt. Man ist der Ansicht, dass Edén bei der Bildung des liberalen Kabinetts große Schwierigkeiten zu überwinden haben wird. Es wäre nicht ausgeschlossen, dass ein sozialistisches Kabinett mit Branting an der Spitze aus Nutzen käme. (W. T. B.)

Rücktritt der portugiesischen Regierung.

Madrid, 7. März. Nach leichten Meldungen aus Portugal haben gestern früh alle Beamten und Angestellten der Eisenbahnen die Arbeit eingestellt. Sie verlangten eine Lohnhebung. Die Regierung schloss der Kammer vor, die ausländigen Arbeiter und Angestellten zu entlassen. Da sich die Kammer diesem Befehl widersetzt, hat die Regierung ihr Rücktrittsgesuch eingereicht, das vom Präsidenten der Republik angenommen wurde. Er beauftragte den Räuber der Demokratie, Senator Merino-Silva, mit der Bildung des neuen Kabinetts. Die erste Tat des neuen Kabinetts war die Bekanntmachung der Wünsche der Ausländer, was dem Ausland ein Ende setzte. (wib)

Ein Aufruf des Reichsverwesers Horlhy.

Budapest, 6. März. Reichsverweser Horlhy hat an die Nation ein Manifest gerichtet, in dem es heißt: Wir haben die finstere Epoche der Land und Nation verderbend und vernichtenden Revolutionen abgeschlossen. Es ist mein unabänderlicher Wille, die Nation auf die Wege des Heils zu führen. Zur Errichtung dieses Heils werde ich mit ganzer Kraft daran wirken, dass die innere Ordnung im Staate, die Rechtsordnung, die Herrschaft der Weisheit, die Möglichkeit und Kontinuität der Produktion gesichert wird. Eine Arbeit und Disziplin geht unter Nation dem Erfolg entsagen, geht unter Land zugrunde. Jeder Staatsbürokrat, welcher dem Wohl des Vaterlandes dient, soll seiner Vorbildung gemäß zur Gelung kommen. Ich will die Herrschaft der christlichen Moral wieder herstellen auf der ganzen Linie. Alle extremen Verüchtigungen müssen in eins zusammen, die rücksichtlose Sucht, zur Gelung zu kommen, ebenso wie die Ausartung der Parteilichkeiten, die Aufreizung zum Klassenkampf und die die Produktion lähmenden Aufschüsse. Wir können nicht weiter dulden, dass die herzlose Horde der Preistreiber, der Lebensmittelverkäufer und allerlei Bucherer sich fortwährend bereichert, während andere mit dem Hungertode ringen. Statt Rache und Hass suchen wir Vergebung und Verständigung in der äußeren und inneren Politik.

Reichskanzler Bauer zum Wiederaufbau.

Budapest, 6. März. Wie das Ungarische Telegraphen-Bureau meldet, äußerte hier der Reichskanzler Bauer gegenüber einem Berichterstatter des „Pester Lloyd“ über den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete im Nordfrontal, die deutsche Regierung habe nach der Übernahme der Verwaltung, an dem Wiederaufbau zu arbeiten, nach Paris Delegierte gesandt, um dort die Gegebenheiten der Frage zu besprechen. Die langwierigen Verhandlungen seien bedauerlicherweise noch nicht zum Abschluss gekommen. Sie haben zum Gegenstand, die Ausstandsbedingungen festzustellen, unter denen die deutschen Arbeiter zu arbeiten haben. Eine andere Schwierigkeit sei die Belieferung großteils mit den zum Wiederaufbau notwendigen Baumaterialien. Diese Frage steht im engsten Zusammenhang mit der Rohstofffrage. Der Reichskanzler fordert, dass die Verhandlungen seien, die deutschen Arbeiter zu bestimmen, die türkische Regierung mit Schärfe protestieren. So wird erwartet, dass General-Pascha's Heer großen Zulass haben wird, so dass er unannte sein wird, den Prozess der Regierung zu unterstützen. Die in der Orientpresse verbreiteten Nachrichten über den Inhalt des Friedensvertrags dienen hauptsächlich dazu, die türkische Bevölkerung so lange ruhig zu halten, bis die Beziehung der Dardanellen-Herrschaft und der Stadt Konstantinopel durch die Entente-Truppen tatsächlich geworden ist. Die Anspülung, die die Alliierten stellen, sollte weit ungünstiger sein, als bisher verlautete. Frankreichs Zustimmung zum Vertrag wurde von England dadurch erkaufst, dass Frankreich noch mehr Gebiet in Kleinasien zugesprochen wurde, und zwar nördlich von Mosul. Unter der englischen Aufsicht ist es der türkischen Presse nicht möglich, die Bedingungen des Vertrags zu besprechen. Doch kommen auch aus Kleinasiens Mitteilungen, dass die dortige Bevölkerung den Erlass des Zustandes begreift und sich dem Schutz der türkischen Nationalpartei anvertraut. Die Aufstände in Mesopotamien sind noch nicht bewungen, und die Bagdad-Bahn ist südlich von Mosul geschrökt.

Zur Revision des Friedensvertrags.

Rom, 6. März. Die französischen Delegierten unterstreichen die Forderung, dass Mittwoch bei der jüngsten Konferenz in London direkt die Frage der Revision des Friedensvertrags aufzutreten hat. Mittwoch habe auch eine Verkürzung der Frist abgelaufen, in der die Delegationen in den Rheinlanden angeregt. Amsterdam, 6. März. „Deutsches“ aufdruck hat der Verband der Arbeiterspartei im Unterhafen Verhandlungen mit den Liberalen aufgenommen, die die Frage eines gemeinsamen Vorgehens zur Revision des Versailler Vertrages betreffen. Dem gleichen Blatt zufolge hat der Generalvorstand der Trade Union eine Stellungnahme zur Frage der Revision des Versailler Vertrages abgelehnt.

Die Untersuchung der belgischen Angelegenheit.

(Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 6. März. Die Neuerungen der Abenopress vom 5. März 1920 zur Umgestaltung des dritten und vierten Unterausschusses des parlamentarischen Untersuchungsausschusses haben teilweise den Eindruck hervorgerufen, als ob der Ausdruck gegenüber den Fragen, die er bezüglich Belgien zu untersuchen hat, von vornherein auf dem Standpunkt stände, doch hier deutscherseits Rücksichtswidrigkeit vorliege. Demgegenüber sei ausdrücklich bemerkt, dass erst durch Untersuchung festgestellt werden soll, ob das deutsche Verhalten rücksichtswidrig war oder nicht. Diese Untersuchungen sind noch nicht abgeschlossen.

Berlin, 6. März. Der zweite Unterausschuss des parlamentarischen Untersuchungsausschusses vernahm in seiner heutigen nichtöffentlichen Sitzung kommissarisch eine Auskunftsverhör. Die kommissarische Form der Vernehmung war notwendig, da die betreffende Auskunftsverhör demnächst Deutschland für längere Zeit verlässt und auf diese Art der Gefahr vorgebunden wird, dass Beweismittel verloren gehen.

Das Saarland ist Reichsgebiet.

(Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 6. März. Man hört vielfach von einem „Saarstaat“ sprechen, und die Saarländer werden nicht selten als Ausländer behandelt. Es kommt vor, dass man ihnen deshalb höhere Preise abverlangt, da man sie auf Bahnhöfen an Auslandsreisenden verweist u. dergl. Vorläufig ist das Saarland noch Reichsgebiet und weder ein besonderer Staat, noch französisch, und es liegt nicht der geringste Anlass vor, diesen Teil deutschen Landes als verloren anzusehen.

Kündigung von Bergarbeitern.

Saarbrücken, 6. März. Die Vergeltung der Bergarbeiter-Spitze hat jämmerliche Arbeitern mit Wirkung vom 4. März ab gekündigt mit der Begründung, dass bei dem am 2. März ausgebrochenen Streik die lebenswichtigen Betriebe ohne weiteres verlassen worden seien und infolgedessen großen Schaden erlitten hätten. Es handelt sich um 3000 bis 4000 Arbeiter. (W. T. B.)

Wieder ein Deutscher von Polen ermordet.

Berlin, 6. März. In der Nähe von Boremel ist ein deutscher Lehrer von einem polnischen Polen erschossen worden. Die Reichsregierung hat bei der polnischen Regierung die Beurteilung des Schuldigen und die Gewährung einer Rente für die Hinterbliebenen des Ermordeten beantragt.

Die Abstimmung in Schleswig.

Kopenhagen, 6. März. In einer Unterredung mit dem Flensburger Korrespondenten der „National-Zeitung“ erklärte Nissen, die Aussichten der zweiten und dritten Abstimmung nicht weniger als günstig für die dänische Ratsstimme. Unter den Freien befindet seit altersher seine Sympathie für Dänemark. Nissen erwartet in den ländlichen Bezirken keinen Erfolg. Einiges Befürchtet seien die Aussichten der Dänen in Flensburg. Aber es sei vor zu grossem Optimismus zu warnen, besonders weil die weiblichen Elemente zu berücksichtigen seien.

Die Lohnforderungen der Hafenarbeiter.

Eine Hafenarbeiterversammlung von Groß-Hamburg hat beschlossen, vom 1. April ab 12 Mark täglich Lohn anzuheben für alle Hafenarbeiter zu verlangen. (WDB)

Prinz Joachim Albrecht in Schuhhaft.

Berlin, 7. März. Zu einem schweren Zusammentreffen kam es in der vergangenen Nacht im Hotel Adlon zwischen dem Prinzen Joachim Albrecht von Preußen, einem Sohn des Prinzen Albrecht, und anderen deutschen Bürgern mit drei Mitgliedern der französischen Militärmmission, Kapitän Klein, Hauptmann Rungen und Majoroffizierer Duval. Als gegen 21 Uhr die Kavalle im kleinen Saale Deutschlands über alles wütete, erhoben sich die deutschen Gäste, während die Franzosen über blieben. Der Prinz, der mit einem neben ihm stehenden russischen Staatsrat bereits einige Gläser Wein getrunken hatte, sprang erregt auf und rief den französischen Herren zu: „Aufstehen, sonst raus!“ Die Aufforderung keine Folge fand, war der Prinz eine Blumenpflanze nach dem Mitteltisch, wo die Ausländer lagen. Andere Gäste folgten seinem Beispiel. Als der Prinz in wichtiger Erregung mit einem schweren Schenkelhaken auf einen Begrenner, die sich fröhlig verteidigten, einzuschlagen versuchte, umringten ihn die Männer und drängten ihn hinaus. Den französischen Herren, die Bunt trugen, waren teilweise die Kleider zerrißt, auch hatten sie Quetschungen, Beulen und Schnittwunden davongetragen. Der Prinz soll übrigens schon vor einigen Tagen einen persönlichen Zusammentreffen mit Kapitän Klein gehabt haben. Der Vorfall wird ein gerichtliches Spiel haben. Prinz Joachim Albrecht ist 44 Jahre alt und gehörte seinerzeit der Schutzecke an.

Prinz Joachim Albrecht bestreitet telefonisch dem W. T. B. gegenüber, dass er in der gemeldeten Weise an dem Vorfall beteiligt war. Er habe in Gesellschaft anderer Persönlichkeiten in einer Ecke gesessen und habe den Vorfall des Zwischenfalls nicht einmal verfolgen können, weil zwischen seinem Tisch und dem Tisch der französischen Gäste eine größere Anzahl Personen sich aufgestellt hatten. Auch habe er keinerlei Gegenstände geworfen.

Der Reichsminister hat versucht, dass Prinz Joachim Albrecht von Preußen und Ministerialer von Polen, der gleichfalls an dem Zwischenfall beteiligt war, vorläufig in Schuhhaft genommen werden. (W. T. B.)

Für die Beibehaltung der Militärgerichtsbarkeit.

Berlin, 6. März. Die Vertrauliche beim Staate des Reichsheereskommunikationskommandos 3 in Solingen haben diesem eine Entscheidung vorgelegt, mit der Bitte, sie der Regierung, dem Reichsrat und der Nationalversammlung zu übermitteln. Sie verlangen darin, dass, bevor der Artikel 106 der Reichsverfassung beschlossen wurde, das Heer nicht gehörte, wovon die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit es in erster Linie ging. Die Vertrauliche Form der Vernehmung war notwendig, da die betreffende Auskunftsverhör demnächst Deutschland für längere Zeit verlässt und auf diese Art der Gefahr vorgebunden wird, dass Beweismittel verloren gehen.

Berlin, 7. März. Gegen die Bildung einer Einheitsgemeinde Groß-Berlin sind heute im Festsaal des Charlottenburgs Rathauses eine große Kundgebung statt, an der Vertreter aller Parteien und Mitglieder der Gemeindeverwaltungen der Vororte Groß-Berlins teilnehmen. (W. T. B.)

Die Münchener Bevölkerung gegen ihre Ausbeuter.

München, 7. März. Heute mittag fanden auf dem Zentralplatz und vor der Feldherrenhalle Kundgebungen statt, die sich hauptsächlich gegen die Ausbeutung der Bevölkerung durch Fabrikarbeiter und ausländische Juden richteten. Die demonstrierende Menge wurde vor dem Ministerium des Innern von Abteilungen der Polizeiwache und der Reichswehr aufgehalten und räumte den Platz, nachdem Vorstandmitglieder vom Deutschen Schutzbund, die inzwischen beim Minister Endres vorstellig geworden waren, beruhigende Erklärungen abgegeben hatten. (W. T. B.)

Der Hochverratsprozeß Caillaux.

Paris, 6. März. In der gestrigen Verhandlung des Prozesses Caillaux stellte der Senator Louis Michel den Antrag, dass von nun an noch im Prozess Tatsachen behandelt werden sollen, die sich nach Ausbruch des Krieges ereignet haben. Auch der Senator Gosselin unterstützte dieses Verlangen, indem er hinzufügte, dies seien die einzigen Tatsachen, die der Anklage zugrunde liegen und mit denen sich der Oberste Gerichtshof zu beschäftigen habe. Präsident Bourassa erklärte, er werde sich bemühen, die Debatten soweit wie möglich abzukürzen. (wib)

Die englischen Arbeiter und der Bolschewismus.

Amsterdam, 6. März. „Telegraaf“ meldet aus London: Die Arbeiterpartei und die parlamentarische Kommission des Gewerkschaftskongresses haben von neuem das Erreichen an die Regierung gerichtet, einer Arbeiterversammlung Rasse für Russland zu geben. (WDB)

